

## **Mobilität der Zukunft – unsere verkehrspolitischen Positionen**

### **Moderne Verkehrspolitik statt grün-roter Bevormundung**

Die CDU tritt für eine moderne Verkehrspolitik ein, die sich am Bedarf der Menschen und der Wirtschaft ausrichtet und alle Verkehrsträger gleichermaßen im Blick hat. Die CDU steht für gleichwertige Lebensverhältnisse: Alle Teile des Landes benötigen leistungsfähige Verkehrswege und attraktive Angebote. Davon hängen unsere Zukunftschancen ab. Die grün-rote Verkehrspolitik wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Die Bilanz des grünen Verkehrsministers ist verheerend!

Baden-Württemberg braucht einen Paradigmenwechsel. Eine gute Verkehrspolitik muss Mobilität ermöglichen. Sie darf nicht beschränken oder bevormunden und einzelne Verkehrsträger gegeneinander ausspielen. Statt Ideologie brauchen wir für jeden Weg das passende Verkehrsmittel. Sie müssen entsprechend ihrer Stärken optimal verknüpft werden.

Die CDU bekennt sich klar zum Automobilland Baden-Württemberg und zu seiner Erfolgsgeschichte. Wir wollen sie fortschreiben und neue Mobilitätsformen fördern. Die Digitalisierung des Verkehrs, damit verbundene neue Technologien wie das automatisierte Fahren, aber auch alternative Antriebsformen sind genauso wie neue Formen der Mobilitätsnutzung wie Carsharing oder Mobilitäts-Apps alles Fragen der Mobilität der Zukunft. Hier muss Baden-Württemberg wieder an der Spitze stehen.

### **Straßen bleiben die wichtigsten Verkehrswege**

Wir müssen mehr für den Erhalt unserer Straßen, Brücken und Tunnel tun, damit die Substanz und damit der Wert erhalten bleiben. Baden-Württemberg braucht aber auch den Aus- und Neubau von Straßen, denn das bereits jetzt hohe Verkehrsaufkommen wird weiter steigen.

Wer den Straßenverkehr verteufelt, wer sich alleine auf den Erhalt beschränken und neue Straßen nur „in begründeten Einzelfällen“ bauen will, so Grün-Rot im Koalitionsvertrag, hat die Bedürfnisse Baden-Württembergs und seiner Menschen nicht verstanden.

### **Jeder Euro zählt! Mehr Geld für Autobahnen und Bundesstraßen**

Die CDU-geführte Bundesregierung hat ihre Hausaufgaben gemacht und die Mittel für die Bundesfernstraßen massiv erhöht. Für Baden-Württemberg stehen in den nächsten Jahren über 800 Mio. Euro im Jahr zur Verfügung – mehr als jemals zuvor!

Dieses Geld muss vom Land abgerufen und verbaut werden. Doch Grün-Rot hat mindestens 100 Mio. Euro liegen gelassen: Allein 2013 wurden mindestens 26 Mio. Euro aus regulären Investitionsmitteln nicht verbaut und weitere 60 bis 80 Mio. Euro an sog.

SWING-Mitteln erst gar nicht abgerufen. Im Herbst 2015 wurde die Freigabe für alle 15 baureifen Maßnahmen erteilt im Volumen von 537 Mio. Euro. Alle wurden noch unter der CDU geplant. Keine einzige kam durch Grün-Rot dazu, die jetzt begonnen werden könnte. Wir sind auf das Geld aus Berlin noch immer nicht ausreichend vorbereitet! Deswegen werden wir die Planungskapazitäten deutlich aufstocken.

### **Eine Milliarde für die Landesstraßen**

Im Landesstraßenbau wurde seit dem Regierungswechsel im Mai 2011 bis Ende 2014 keine einzige neue Maßnahme begonnen – der Landesstraßenbau kam über Jahre zum Erliegen!

Wir wollen eine Milliarde Euro in den kommenden fünf Jahren für den Landesstraßenbau einsetzen.

### **Eine verlässliche Partnerschaft mit unseren Kommunen**

Grün-Rot hat die Mittel für den kommunalen Straßenbau massiv gekürzt: Von 2012 bis 2019 stehen nur noch 560 anstatt wie bisher 792 Millionen Euro zur Verfügung. Deshalb wurde ein Bewilligungsstopp für die Jahre 2012, 2013 und 2014 erlassen und keine einzige Straße neu begonnen. Gleichzeitig wurden die Fördersätze für kommunale Straßen und den ÖPNV nach dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) von 70 bzw. 75 auf 50 Prozent abgesenkt und das Risiko von Kostensteigerungen voll auf die Kommunen abgewälzt. Das hat auch der Entwicklung des ÖPNV mit Bus und Zug stark geschadet.

Die CDU will zu einer verlässlichen Partnerschaft mit den Kommunen zurückkehren. In den Städten und Ballungsräumen muss die Infrastruktur mit dem steigenden Verkehrsaufkommen Schritt halten. Finanzschwache Kommunen und kleinere Gemeinden im ländlichen Raum sind dringend auf die Zuschüsse angewiesen, um Projekte überhaupt umsetzen zu können.

### **Öffentlicher Verkehr mit Bussen und Bahnen**

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) mit Straßenbahnen, Stadtbahnen und Bussen und der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sind ein wesentliches Element einer umweltfreundlichen und ressourcenschonenden Mobilität. Seit der Regionalisierung im Jahr 1996 ist der SPNV eine echte Erfolgsgeschichte – ein Verdienst der CDU!

Bei der Neuausschreibung von SPNV-Leistungen hat Grün-Rot wertvolle Zeit vertan: Die Chancen des Wettbewerbs wurden nicht rechtzeitig genutzt – zu Lasten des Landeshaushalts und der Fahrgäste. Die Folge sind teure Übergangsverträge bis über 2019 hinaus. Bei Neuausschreibungen der Stuttgarter Netze wurden die Kapazitäten bewusst zu niedrig angesetzt. In Stoßzeiten werden 30 Prozent der Fahrgäste ab 2019 stehen müssen.

Beim ÖPNV wurden die Förderbedingungen nach dem (LGVFG) verschlechtert und eine Reform des Schüler- und Ausbildungsverkehrs ist krachend gescheitert.

### **Baden-Württemberg im europäischen Schienennetz der Zukunft**

Wir stehen für Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm. Sie sind von herausragender Bedeutung für Baden-Württemberg. Die Landesregierung hat den Fortschritt des Projekts jahrelang behindert anstatt gefördert. Das positive Ergebnis der Volksabstimmung haben sie nur zähneknirschend akzeptiert.

Die CDU tritt für moderne Bahnstrecken im ganzen Land ein: für einen umwelt- und menschengerechten Ausbau der Rheintalbahn, den Ausbau der Gäubahn, die Elektrifizierung von Süd- und Hochrheinbahn und die ICE-Neubaustrecke Frankfurt – Mannheim.

### **Schutz von Mensch und Umwelt**

Wir wollen die Luftqualität in unseren Städten und Gemeinden verbessern und die CO<sub>2</sub>-Emissionen und die Lärmbelastung senken. Dazu muss weiter an der Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs, des Rad- und Fußverkehrs und einer wirksamen Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasserstraße gearbeitet werden. Auch Ortsumfahrungen sind ein wichtiger Beitrag zum Schutz der Menschen. Tempolimits können punktuell zur Luftreinhaltung und zum Lärmschutz beitragen. Sie dienen aber in erster Linie der Erhöhung der Verkehrssicherheit und sollten sich daher auf Wohngebiete beschränken. Der beste Beitrag zur Verminderung von Lärm und Schadstoffen bleibt ein fließender Verkehr. Viel zu sehr vernachlässigt wird insbesondere in der Landeshauptstadt Stuttgart die Förderung umwelt- und klimafreundlicher Antriebsformen. Kommunale Fuhrparks und Busse sollten zügiger auf elektrische oder andere umweltfreundliche Antriebe umgestellt werden.

### **Grün-rote Verkehrspolitik in Stichworten:**

- Stillstand beim Landesstraßenbau und kommunalen Straßenbau – nur der Bund investiert kräftig. Warum hat Grün-Rot trotz sprudelnder Steuereinnahmen nicht mehr investiert, sondern insgesamt weniger als die CDU in finanziell schwieriger Zeit?
- Stillstand und Verzögerung bei der Planung neuer Straßen – keine einzige Maßnahme wurde von Grün-Rot neu geplant und zur Baureife gebracht. Das wirft BW um Jahre zurück.
- Wertvolle Zeit bei den Ausschreibungen im SPNV wurde vertan. Folge: Teure Übergangsverträge und 30 % mehr Steh- statt Sitzplätzen in den neuen Fahrzeugen.
- Weil Kosten und Risiken den Kommunen aufgebürdet wurden, fehlen die Investitionen nicht nur beim Straßenbau, sondern auch im ÖPNV.
- Politik gegen das mittelständische Busgewerbe.

- Einführung eines generellen Tempolimits (120 km/h) durch die Hintertür auf 80 km (A 96, A 81) ohne rechtliche Voraussetzung und trotz Untersagung des Bundesverkehrsministers.
- Ideologische Bevorzugung des Radverkehrs, Straßen werden zu Radwegen.
- Verteuerung des Wohnungsbaus durch die Novelle der Landesbauordnung. Dach- und Fassadenbegrünung, Fahrradstellplätze statt Parkplätze.
- Höchste Ausgaben und Günstlingswirtschaft bei der Vergabe von Gutachten.